

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

17.03.2017

Grün-schwarze Koalition kommt der Beamtenschaft entgegen

Uli Sckerl begrüßt die Einigung mit dem Beamtenbund / Deutlich mehr Geld für junge Beamtinnen und Beamte

Der Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsgrünen Uli Sckerl begrüßte am Freitag die Einigung zwischen Landesregierung und Beamtenvertretungen über die künftige Besoldung. Davon sind auch sie Beamtinnen und Beamten in den Kommunen betroffen. Es sei ein ausgewogener Kompromiss zwischen den Interessen der Beamtenschaft und den finanziellen Möglichkeiten des Landes erzielt worden. Großen Verdienst am Ergebnis habe die grüne Finanzministerin Edith Sitzmann, die die Verhandlungsleitung mit Beamtenbund, DGB und Richterbund innehatte.

Die Einigung sieht vor, dass das Tarifergebnis für die Angestellten im Öffentlichen Dienst in vollem Umfang, lediglich um wenige Monate zeitversetzt für die Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg übernommen wird.

Aus der Sicht von Sckerl ist es besonders wichtig, dass gleichzeitig die 2005 und 2012 beschlossene Absenkung der Eingangsbesoldung im Umfang von 8% ab dem 1.1.2018 zu 100% zurückgenommen wird. Davon profitieren 20.000 vorwiegend junge Beamtinnen und Beamte. Für einen Lehrer in Besoldungsgruppe A 12 bedeutet das einen Mehrbetrag von 3.500 Euro brutto im Jahr, in der Besoldungsgruppe A 9 sind es noch 1.300 Euro mehr.

„Die Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg leisten eine sehr gute und wertvolle Arbeit“, erklärte Sckerl. „Deshalb ist ein attraktives Einstiegsgehalt sehr wichtig“. Für jüngere Beschäftigte komme das Ergebnis gerade richtig für die Phase der Familienbildung. Weiter gebe es künftig einen so genannten „Baden-Württemberg-Bonus“ von 0,325 Prozent, ein Zuschlag, den die Landesregierung im Wettbewerb um die besten Fachkräfte einsetze. Diesen Zuschlag gibt es in keinem anderen Bundesland.

Uli Sckerl betonte weiter, dass die grün-schwarze Koalition in diesem Jahr zusätzlich deutlich über 1.000 neue Stellen im Landesdienst geschaffen hat: 274 Stellen in der Justiz, 600 neue Lehrerstellen, 381 neue Stellen bei der Polizei, 50 Stellen in der Straßenbauverwaltung. Insgesamt koste die Einigung das Land Baden-Württemberg 2017 und 2018 rund 900 Millionen Euro.